(2) **Spezifische** Besonderheiten der Industriezweige, die entweder bei der Kalkulation zur Bildung von Industriepreisen zu beachten oder dazu erforderlich und mit den Regelungen der speziellen Kalkulationsrichtlinie nicht erfaßt sind, werden nach Abstimmung von den Preisorganen mit Preisbewilligungen bestätigt

(3) Zur Bestätigung von Kalkulationselementen erfolgen gesonderte Regelungen des Ministers für Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau.

(4) Die In der speziellen Kalkulationsrichtlinie genannten Normative und kalkulatorischen Sätze sind im Zusammenhang mit der Durchsetzung einer dynamischen Preisbildung Höchstsätze.

(5) Die Preisorgane sind verpflichtet, die In dem Antrag zur Bestätigung von Industriepreisen angeführten Kostenelemente, wie z. B. Grundmaterial, Grundlohn, Gemeinkosten, zu korrigieren, wenn diese nicht den ökonomisch-technischen Erfordernissen entsprechen. Hierbei sind die Erkenntnisse aus Betriebsvergleichen sowie Industriezweigkonzeptionen, z. B. bei der Durchsetzung der komplexen sozialistischen Rationalisierung, heranzuziehen.

(6) Der Minister für Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau legt im Rahmen von Experimentierprogrammen auf dem Preisgebiet Abweichungen zur zentralen Kalkulationsrichtlinie eigenverantwortlich fest.

§4

Abschreibungen

(Zu § 4 der zentralen Kalkulationsrichtlinie)

Entspricht die Auslastung der Maschinen und Anlagen in den Betrieben nicht den Kennziffern der Kapazitätsausnutzung im Industriezweig, so sind die Preisorgane verpflichtet, die von den betreffenden Betrieben eingereichten Anträge zur Bestätigung von Industriepreisen zu korrigieren. Die Korrektur hat nach den vom Generaldirektor getroffenen Festlegungen zu erfolgen.

88

Materialkosten

(Zu 8 8 der zentralen Kalkulationsrichtlinie)

(1) Die wirtschaftsleitenden Organe gemäß § 2 Abs. 1 haben Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß bei der Preiskalkulation Materialverbrauchsnormen zur Anwendung kommen.

(2) Die Ermittlung der Materialverrechnungspreise erfolgt entsprechend den Festlegungen der wirtschaftsleitenden Organe in den Richtlinien zum einheitlichen System von Rechnungsführung und Statistik.

(3) Normative für technologisch bedingten Verschnitt, Abfall, Schwund usw. sind bei der Preisbildung anzuwenden. Die wirtschaftsleitenden Organe gemäß § 2 Abs. 1 sind berechtigt, Ausnahmeregelungen zu treffen, wenn der ökonomische Nutzen in keinem realen Verhältnis zum Aufwand der Ausarbeitung dieser Normative steht. Bei Anwendung dieser Ausnahmeregelung sind den Anträgen auf Bestätigung von Industriepreisen die entsprechenden Festlegungen der wirtschaftsleitenden Organe beizulegen.

(4) Die Restgutschriften gemäß § 5 Abs. 6 der zentralen Kalkulationsrichtlinie sind nicht von den Grundmaterialkosten abzusetzen, sondern als Kostengutschriften bei der Ermittlung und Festlegung der Gemeinkosten-Normative bzw. betrieblichen Zuschlagsätze für Gemeinkosten zu behandeln.

86

Zuschläge

(Zu §§ 7, 9 und 10 der zentralen Kalkulationsrichtlinie)

Die Kosten gemäß §§ 7, 9 und 10 der zentralen Kalkulationsrichtlinie sind mit den für die Preisbildung festgelegten Gemeinkosten-Normativen bzw. bestätigten betrieblichen Zuschlagssätzen für Gemeinkosten gemäß § 24 der zentralen Kalkulationsrichtlinie abgegolten.

87

V errechnungssätze**für Forschungs- und Entwicklungskosten**

(Zu §§ 11 und 12 der zentralen Kalkulationsrichtlinie)

(1) Die Neubestätigung der Verrechnungssätze für Forschungs- und Entwicklungskosten, Anlaufkosten und Vorleistungen (Kosten für Werkzeuge, Modelle, Lehren usw.) im Zusammenhang mit der Veränderung der Bezugsbasis gemäß Anlage 2 nehmen die Preisorgane bis zum 31. März 1969 vor.

(2) Die bestätigten Verrechnungssätze gemäß Abs. 1 werden zum Bestätigungstermin den Preisorganen des Ministeriums für Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau bekanntgegeben. Die Betriebe haben für die Ausarbeitung der Anträge zur Bestätigung von Industriepreisen diese Verrechnungssätze beim jeweiligen Preisorgan zu erfragen.

(3) Bis zur Bestätigung der Verrechnungssätze gemäß Abs. 1 sind die gegenwärtig gültigen Verrechnungssätze anzuwenden, wobei auch die bisherige Bezugsbasis Gültigkeit hat.

(4) Die Verrechnungssätze Forschungs- und Entwicklungskosten enthalten grundsätzlich keine Anlaufkosten. Diese Kosten werden durch gesonderte Kalkulationselemente verrechnet. Lagen zum Zeitpunkt der Bestätigung der Verrechnungssätze gemäß den Absätzen 1 und 3 hierfür keine getrennten Kalkulationselemente fest, so kann das Preisorgan diese bei entsprechendem Kostennachweis nachträglich bestätigen.

(5) In die technologischen Einzelkosten dürfen keine Anlaufkosten verrechnet werden.

(6) Die sonstigen Vorleistungen (Kosten für Werkzeuge, Modelle, Lehren usw.) sind bei der Neubestätigung gemäß Abs. 1 grundsätzlich wie folgt zu verrechnen:

— Erstausrüstung an Werkzeugen, Modellen, Lehren usw. ist Bestandteil, des Kalkulationselementes Forschungs- und Entwicklungskosten

— Ersatzbedarf an Werkzeugen, Modellen, Lehren usw. ist als gesondertes Kalkulationselement „Vorleistungen“ festzulegen